



N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Umwelt- und Planungsausschusses 01/2003-2008 am
22.05.2003 im Sitzungsraum 1.22 des Rathauses**

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 21.05 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender
stellv. Ausschussmitglied

Rolf Schulz
Elisabeth von Bressendorf (f. AM Volker Mohr)

”
Ausschussmitglied

Hans-Detlev Bruhn (f. AM Siegfried Ramcke)

”

Karin Honerlah

”

Klaus Kasch

”

Horst Ostwald

”

Alexander Rahl

”

Frank Rauen

”

Ingeborg Schooff

”

Johann Schümann

Bürgervorsteher

Joachim Süme

seitens der Gemeindeverwaltung

Bürgermeister Volker Dornquast
Jörn Mohr
Petra Hafemeister
Rolf Gramckow (bis 18.30 Uhr, TOP 9)
Volker Duda
Christin Verges als Protokollführerin

entschuldigt fehlt:

Volker Mohr
Siegfried Ramcke

unentschuldigt fehlt:

Thomas Clasen

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schulz, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Damen und Herren des Ausschusses und der Gemeindeverwaltung sowie die erschienenen Bürgerinnen und Bürger.

-



Vor Eintritt in die Tagesordnung regt Frau Honerlah an, dass der Tagesordnungspunkt 16 „Bericht über alle in Bebauungsplänen ausgewiesenen Wohnungs-Bauflächen, die bisher nicht bebaut wurden. Hierbei ist die mögliche Art der baulichen Nutzung (Einzelhäuser, Doppel- oder Reihenhäuser, Geschosswohnungsbau) anzugeben, mögliche Lückenbebauung außerhalb von gültigen Bebauungsplänen innerhalb vorhandener Baugebiete (§ 34) und realistisch umsetzbare Lückenbebauungen innerhalb von gültigen Bebauungsplänen durch Änderungen von Bebauungsplänen - Antrag der CDU-Fraktion -“ vorgezogen und nach dem Tagesordnungspunkt 10 „Umsetzung von Planungen/Bau- und Ausgleichsmaßnahmen/Stand des Ökokontos - Unterrichtung -“ behandelt wird.

Die Tagesordnungspunkte 23 und 24 sollen auf Anregung des Ausschussvorsitzenden im nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung behandelt werden.

Seitens der Ausschussmitglieder besteht hierüber Einvernehmen, sodass sich folgende Tagesordnung ergibt:

Tagesordnung:

- 1. Verpflichtung der bürgerlichen Ausschussmitglieder**
- 2. Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
- 3. Genehmigung der Niederschrift des Planungsausschusses 41/1998-2003 am 20.01.2003**
- 4. Genehmigung der Niederschrift des Umweltausschusses 29/1998-2003 am 15.01.2003**
- 5. Berichtswesen der Gemeindeverwaltung**
 - a) Bericht über die Erteilung von gemeindlichen Einvernehmen gemäß § 36 BauGB in Gebieten ohne rechtskräftige Bebauungspläne**
 - Vorlage des Berichtes 4/06/2003
 - b) Verfahrensstände der Bauleitpläne**
 - Vorlage des Berichtes 4/03/2003
 - c) Verfahrensstände der Grünordnungspläne**
 - Vorlage des Berichtes 4/05/2003
 - d) Planungsstände und Bauzustände von gemeindlichen Projekten**
 - **im Tiefbau**
 - Vorlage des Berichtes 4/04/2003
 - **im Hochbau**
 - Vorlage des Berichtes 4/07/2003
 - e) abgeschlossene sowie den Stand der anhängigen Gerichtsverfahren**
 - Vorlage des Berichtes 4/08/2003
 - f) Vergabe von Aufträgen für Investitionsvorhaben des Investitionsplanes (unter Angabe der genannten Angebote) in der der Vergabe folgenden Sitzung**
 - liegen zurzeit nicht vor -
 - g) Abrechnungsergebnisse von Bauvorhaben des Investitionsplanes**
 - liegen zurzeit nicht vor -



- h) Sonderbericht**
- liegt zurzeit nicht vor -
- 6. Bebauungsplan Nr. 52 „Birkenau“, 2. Änderung**
 - Beratung über die eingegangenen Anregungen -
 - Satzungsbeschluss -
 - 7. Bebauungsplan Nr. 58 „Östlich der Hamburger Straße - zwischen Beckersbergstraße und Kronskamp“**
 - Beratung über die eingegangenen Anregungen -
 - Satzungsbeschluss -
 - 8. Bebauungsplan Nr. 116 „Südlich Rhinkatenweg“**
 - Beratung über die eingegangenen Anregungen -
 - Beschluss über die weitere Verfahrensweise -
 - 9. Berichtswesen**
 - Umweltbericht, Fortschreibung 2002 -
 - 10. Umsetzung von Planungen/Bau- und Ausgleichsmaßnahmen/Stand des Ökointos**
 - Unterrichtung -
 - 11. Bericht über**
 - alle in Bebauungsplänen ausgewiesenen Wohnungs-Bauflächen, die bisher nicht bebaut wurden. Hierbei ist die mögliche Art der baulichen Nutzung (Einzelhäuser, Doppel- oder Reihenhäuser, Geschosswohnungsbau) anzugeben
 - mögliche Lückenbebauung außerhalb von gültigen Bebauungsplänen innerhalb vorhandener Baugebiete (§ 34)
 - realistisch umsetzbare Lückenbebauungen innerhalb von gültigen Bebauungsplänen durch Änderungen von Bebauungsplänen
 - Antrag der CDU-Fraktion -
 - 12. 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 28 „Hohenbergen“**
 - Antrag der CDU-Fraktion -
 - 13. • Bebauungsplan Nr. 32 „Sport- und Freizeitzentrum Beckersberg“**
 - Teilgrünordnungsplan
 - Anpassung des Landschafts- und des Flächennutzungsplanes
 - Antrag der CDU-Fraktion -
 - 14. Bebauungsplan Nr. 51 „Nördlich Schule am Beckersberg“**
 - Antrag der CDU-Fraktion -
 - 15. • 1. Änderung des Grünordnungsplanes zum Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“**
 - 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“
 - Anpassung des Landschafts- und des Flächennutzungsplanes
 - Antrag der CDU-Fraktion -



16. • **1. Änderung und Ergänzung des Grünordnungsplanes zum Bebauungsplan Nr. 115 „Südlich Schulstraße - westlich Wismarer Straße“**
 - **1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 115 „Südlich Schulstraße - westlich Wismarer Straße“**
 - **Anpassung des Landschafts- und Flächennutzungsplanes**
 - Antrag der CDU-Fraktion -
17. **Ausweisung von Bauland**
 - Antrag der CDU-Fraktion -
18. **Ausweisung von Flächen für Windenergieanlagen**
 - Antrag der CDU-Fraktion -
19. **Durchführung von Ersatz-Aufforstungsmaßnahmen**
 - Antrag der CDU-Fraktion -
20. **Bau- und Vorbescheidsanträge, die von den Festsetzungen der Bebauungspläne abweichen (Befreiungen, Ausnahmen, usw.)**
 - werden in der Sitzung vorgetragen -
21. **Unterrichtungen / Anfragen**
22. **Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner**
23. **Sportplatz Bürgermeister-Steenbock-Straße - Sanierung des Kunstrasenspielfeldes**
 - Vergabe der Landschaftsbauarbeiten -
 - (Tischvorlage wird nachgereicht)
24. **Erweiterung Schulzentrum, Umbau zum vierzügigen Gymnasium**
 - Vergabe Fassadensanierung (erster Teilabschnitt) -

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

„Verpflichtung der bürgerlichen Ausschussmitglieder“

Der Umwelt- und Planungsausschussvorsitzende, Herr Schulz, verpflichtet die neuen bürgerlichen Ausschussmitglieder Klaus Kasch, Alexander Rahl und Ingeborg Schooff durch Handschlag zur gewissenhaften Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihre Tätigkeiten ein.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

„Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Die Frage eines Einwohners, inwieweit die Anregungen der Lokalen Agenda 21 bei der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)



und Abstimmung mit den Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 BauGB berücksichtigt werden, wird von Bürgermeister Dornquast beantwortet.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

„Genehmigung der Niederschrift des Planungsausschusses 41/1998-2003 am 20.01.2003“

Gegen die Niederschrift werden keine Einwände erhoben; sie gilt somit als genehmigt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

„Genehmigung der Niederschrift des Umweltausschusses 29/1998-2003 am 15.01.2003“

Gegen die Niederschrift werden keine Einwände erhoben; sie gilt somit als genehmigt.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

„Berichtswesen der Gemeindeverwaltung“

- a) **Bericht über die Erteilung von gemeindlichen Einvernehmen gemäß § 36 BauGB in Gebieten ohne rechtskräftige Bebauungspläne**
 - Vorlage des Berichtes 4/06/2003
- b) **Verfahrensstände der Bauleitpläne**
 - Vorlage des Berichtes 4/03/2003
- c) **Verfahrensstände der Grünordnungspläne**
 - Vorlage des Berichtes 4/05/2003
- d) **Planungsstände und Bauzustände von gemeindlichen Projekten**
 - **im Tiefbau**
 - Vorlage des Berichtes 4/04/2003
 - **im Hochbau**
 - Vorlage des Berichtes 4/07/2003
- e) **abgeschlossene sowie den Stand der anhängigen Gerichtsverfahren**
 - Vorlage des Berichtes 4/08/2003
- f) **Vergabe von Aufträgen für Investitionsvorhaben des Investitionsplanes (unter Angabe der genannten Angebote) in der der Vergabe folgenden Sitzung**
 - liegen zurzeit nicht vor -
- g) **Abrechnungsergebnisse von Bauvorhaben des Investitionsplanes**
 - liegen zurzeit nicht vor -
- h) **Sonderbericht**
 - liegt zurzeit nicht vor -

Die vorgelegten Berichte werden zur Kenntnis genommen.

Herr Schümann erkundigt sich, ob es sich bei der Aufstellung eines Doppelcarports zur Durchführung von Zusammenkünften in der Kisdorfer Straße um das Grundstück der Kleingärtner handelt. Bürgermeister Dornquast bejaht dies.

Ferner fragt Herr Schümann nach, um welches Gebäude es sich bei der Nutzungsänderung in eine Schank- und Speisewirtschaft mit Sommerterrasse in der Hamburger Straße 183 handelt. Die Nutzungsänderung wurde für das Bankgebäude der Raiffeisenbank eG beantragt.



Weiterhin weist Herr Schümann darauf hin, dass es bei dem Bauantrag für das Grundstück Sandberg 2 a „Flatdeckstall“ und nicht „Faltdeckstall“ heißen muss. Abschließend erklärt Bürgermeister Dornquast auf Nachfrage von Herrn Schümann den Begriff des Freisitzes.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

- „Bebauungsplan Nr. 52 „Birkenau“, 2. Änderung“**
- Beratung über die eingegangenen Anregungen -
- Satzungsbeschluss -

Den Ausschussmitgliedern ist eine Beratungsvorlage zugegangen. Eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt ergibt sich nicht.

Beschluss: **Der Umwelt-/Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 52 „Birkenau“, 2. Änderung, gemäß der Vorlage zu fassen.**

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

- „Bebauungsplan Nr. 58 „Östlich der Hamburger Straße - zwischen Beckersbergstraße und Krons-kamp“**
- Beratung über die eingegangenen Anregungen -
- Satzungsbeschluss -

Es wurde eine Beratungsvorlage zugestellt. Fragen hierzu ergeben sich nicht.

Beschluss: **Der Umwelt-/Planungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 58 „Östlich der Hamburger Straße - zwischen Beckersbergstraße und Krons-kamp“ - gemäß der Vorlage zu fassen.**

Beschlussfassung: einstimmig

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

- „Bebauungsplan Nr. 116 „Südlich Rhinkatenweg“**
- Beratung über die eingegangenen Anregungen -
- Beschluss über die weitere Verfahrensweise -



Den Ausschussmitgliedern ist eine Beratungsvorlage zugegangen, die Bürgermeister Dornquast kurz zusammenfasst.

Herr Ostwald erklärt, dass sich die SPD-Fraktion für die Variante 2 ohne Hinterliegerbebauung ausspricht. Frau Honerlah spricht sich im Namen der WHU-Fraktion ebenfalls für die Variante 2 aus.

Auf Nachfrage von Frau Honerlah berichtet Herr Duda, dass für die Grundstücke Rhinkatenweg 2, 4 und 6 die Umgrenzung von Flächen zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft eine Schutzausweisung sind. Der Baumbestand soll erhalten bleiben und die Flächen sind von jeglicher Bebauung freizuhalten.

Frau von Bressensdorf erkundigt sich, ob die Eigentümer der Grundstücke Rhinkatenweg 2, 4 und 6 davon benachrichtigt worden sind. Dies ist nach ihren Erkenntnissen noch nicht erfolgt. Bürgermeister Dornquast bestätigt dies und erklärt, dass eine Benachrichtigung erst zur öffentlichen Auslegung erfolgt.

Herr Schulz spricht sich im Namen der CDU-Fraktion auch für die Variante 2 aus.

Beschluss: **Der Umwelt- und Planungsausschuss beauftragt die Verwaltung, den erneuten Entwurfs- und Auslegungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 116 „Südlich Rhinkatenweg“ gemäß der Variante 2 vorzubereiten.**

Beschlussfassung: einstimmig.

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:
„Berichtswesen“
- Umweltbericht, Fortschreibung 2002 -

Es wurde eine Beratungsvorlage zugestellt, die Bürgermeister Dornquast ergänzend erläutert. Herr Ostwald geht auf den Ergänzungs- und Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein und weist darauf hin, dass der Umweltbericht nicht nur den Ist-Zustand der Gemeinde in Bezug auf umweltrelevante Aspekte, sondern auch Zielvorgaben darstellen und festlegen sollte.

Herr Schulz erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Ergänzungsantrag 3.1. **Wälder** nicht zustimmen wird.

Der Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion bezüglich des Punktes 3.1. **Wälder**

„Die Vernichtung von Waldbeständen zur Umsetzung von Baumaßnahmen soll in der Gemeinde nicht genehmigt werden“.

wird bei **4 Stimmen dafür (SPD-Fraktion, WHU-Fraktion)**



mit **6 Stimmen (CDU-Fraktion)**

abgelehnt.

Beschluss: Der Umwelt- und Planungsausschuss nimmt den Umweltbericht der Gemeinde Henstedt-Ulzburg - Fortschreibung 2002 - mit den in der Vorlage aufgeführten Änderungen sowie den Ergänzungs- und Änderungsanträgen zu 2.3 und 7 der SPD-Fraktion vom 11.01. zur Kenntnis.

Beschlussfassung: einstimmig.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

“Umsetzung von Planungen/Bau- und Ausgleichsmaßnahmen/Stand des Ökokontos“

- Unterrichtung -

Den Ausschussmitgliedern ist eine Beratungsvorlage zugegangen, die Bürgermeister Dornquast erläutert.

Beschluss: Der Umwelt- und Planungsausschuss nimmt die oben genannten Baumaßnahmen zur Kenntnis.

Beschlussfassung: einstimmig.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

„Bericht über

- alle in Bebauungsplänen ausgewiesenen Wohnungs-Bauflächen, die bisher nicht bebaut wurden. Hierbei ist die mögliche Art der baulichen Nutzung (Einzelhäuser, Doppel- oder Reihenhäuser, Geschosswohnungsbau) anzugeben
- mögliche Lückenbebauung außerhalb von gültigen Bebauungsplänen halb vorhandener Baugebiete (§ 34)
- realistisch umsetzbare Lückenbebauungen innerhalb von gültigen Bebauungsplänen durch Änderungen von Bebauungsplänen“
- Antrag der CDU-Fraktion -

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern ein Antrag der CDU-Fraktion zugestellt worden, der vom Ausschussvorsitzenden, Herrn Schulz, vorgetragen wird.

Herr Ostwald weist darauf hin, dass bereits vor einem Jahr ein ähnlicher Bericht seitens der Verwaltung vorgelegt worden ist. Er fragt beim Bürgermeister nach, ob sich seit diesem Bericht bezüglich der Lückenbebauung größere Veränderungen ergeben haben.



Zu Punkt 1 erklärt Bürgermeister Dornquast, dass es sich hierbei um einige kleinere Veränderungen handelt.

Zu Punkt 2 sind laut Aussage des Bürgermeisters intensivere Untersuchungen seitens der Verwaltung erforderlich und der Punkt 3 ist in dem damaligen Bericht nicht berücksichtigt worden; dies muss also erstmals geprüft werden.

Frau Honerlah ist der Auffassung, dass zu den Punkten 2 und 3 eine Überarbeitung erforderlich ist.

Herr Kasch spricht sich für den Antrag aus.

Der Antrag

Der Umwelt- und Planungsausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, bis spätestens Ende 2003 einen Bericht vorzulegen, der Auskunft gibt über

- 1. Alle in B-Plänen ausgewiesenen Wohnungs-Bauflächen, die bisher nicht bebaut wurden. Hierbei ist die mögliche Art der baulichen Nutzung (Einzelhäuser, Doppel- oder Reihenhäuser, Geschosswohnungsbau) anzugeben.**
- 2. Mögliche Lückenbebauungen von gültigen Bebauungsplänen innerhalb vorhandener Baugebiete (§ 34).**
- 3. Realistisch umsetzbare Lückenbebauungen innerhalb von gültigen Bebauungsplänen durch Änderungen von B-Plänen.**

wird

einstimmig

angenommen.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

„4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 28 „Hohenbergen“

- Antrag der CDU-Fraktion -

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern ein Antrag der CDU-Fraktion zugestellt worden, der vom Ausschussvorsitzenden, Herrn Schulz, vorgetragen wird.

Herr Ostwald befürwortet den Antrag der CDU-Fraktion, spricht sich aber dagegen aus, dass der von der Gemeinde erzielte Verkaufserlös für das Grundstück ausschließlich für die Verbesserung der Ausstattung der Grund- und Hauptschule Verwendung finden soll. Er begründet dies damit, dass sich die Zweckbindung des Verkaufserlöses aufgrund eventueller Haushaltsdefizite als problematisch darstellen könnte. Auf Nachfrage von Herrn Ostwald berichtet Bürgermeister Dornquast, dass den Gremien im Herbst 2003 ein Plan vorliegen wird, der Auskunft darüber gibt, welche Kinderspielplätze nicht mehr erforderlich sind und dann als Bauflächen dargestellt werden können.



Weiterhin erklärt der Bürgermeister auf Nachfrage von Herrn Ostwald, dass die Streetballanlage aufgrund der Beschwerden der Anwohner abgebaut worden ist.

Frau Honerlah spricht sich für den Antrag der CDU-Fraktion aus, betont jedoch, dass sie, wie die SPD-Fraktion, die Auffassung vertritt, den Verkaufserlös dem Gesamthaushalt zuzuführen. Herr Schulz geht noch einmal detailliert auf die Begründung des CDU-Antrages ein. Er sieht hierin eine Aufwertung der Grund- und Hauptschule und eine Entlastung des Gesamthaushaltes.

Herr Ostwald erkundigt sich, wo hierin die Entlastung des Haushaltes gesehen wird. Er spricht sich dafür aus, den vom Bürgermeister angesprochenen Plan, der Auskunft über die möglichen Bauflächen gibt, abzuwarten.

Der Antrag **Der Umwelt- und Planungsausschuss möge beschließen:**

- **4. Änderung B-Plan 28 „Hohenbergen“**

Der Bebauungsplan Nr. 28 „Hohenbergen“ wird mit folgendem Planungsziel geändert:

Das als Spielplatzfläche auf der Südseite des Baugebietes ausgewiesene Grundstück wird zu Bauland umgeplant. Die Wegeverbindung zum EBO-Wanderweg (Korl-Barmstedt-Weg) ist zu erhalten.

wird **einstimmig**

angenommen.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

„• Bebauungsplan Nr. 32 „Sport- und Freizeitzentrum Beckersberg“

- **Teilgrünordnungsplan**
- **Anpassung des Landschafts- und des Flächennutzungsplanes“**
- Antrag der CDU-Fraktion -

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern ein Antrag der CDU-Fraktion gestellt worden, der vom Ausschussvorsitzenden, Herrn Schulz, vorgetragen wird.

Frau Honerlah erkundigt sich, wohin die Skateranlage verlegt werden soll, was die Verlegung kostet und wer die Verlegung bezahlt.

Herr Ostwald spricht sich gegen den Antrag der CDU-Fraktion aus, weil der Antrag zu oberflächlich ist. Er fordert eine genaue Aussage, wohin die Skateranlage verlegt werden soll. Herr Schulz weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion einer Standortwahl nicht vorausgreifen will.



Auf Nachfrage von Frau Lessing erklärt Herr Schulz, dass die Finanzierung des Bürgerparks von dem Umfang der Gestaltung abhängt. Frau Lessing erkundigt sich weiterhin, ob durch den Verkauf von Bauflächen die Finanzierung der Verlegung der Skateranlage sowie die Finanzierung des Bürgerparks gewährleistet ist.

Herr Bruhn erkundigt sich, ob die Skateranlage in die Nähe des Standortes der Schießsportanlage verlegt werden kann. Der Bürgermeister berichtet, dass eine Prüfung bisher noch nicht erfolgt ist, er aber diesen Vorschlag als gut erachtet.

Herr Kasch sieht nicht die Notwendigkeit der Ausweisung von Wohnbauflächen. Herr Rauen hebt die kostengünstige Erschließung hervor und erklärt, dass sich durch die erzielten Verkaufserlöse endlich die seit Jahren verschobene Herrichtung des Bürgerparks realisieren lässt.

Herr Ostwald erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Antrag der CDU-Fraktion nicht zustimmen wird. Außerdem erkundigt er sich, ob die Flächen sich im Gemeindebesitz befinden. Der Bürgermeister bejaht dies.

Frau Honerlah befürchtet, dass die Skateranlage nach dem Abbau nicht sofort verlegt und eventuell gar nicht mehr aufgestellt werden wird.

Der Antrag

Der Umwelt- und Planungsausschuss möge beschließen:

- **Bebauungsplan Nr. 32 „Sport- und Freizeitzentrum Beckersberg“**
- **Teilgrünordnungsplan**
- **Anpassung des Landschafts- und des Flächennutzungsplanes“**

Der Bebauungsplan Nr. 32 wird mit folgendem Planungsziel geändert:

An der Olivastraße wird auf der östlichen Seite eine Fläche von einer Bautiefe für Einfamilienhäuser ausgewiesen, und zwar beginnend nördlich der vorhandenen Skateranlage bis zur Gemeindegrenze. Zwischen dem Wanderweg (beginnend an der abknickenden Olivastraße) und der vorgesehenen Bebauung ist ein Parkplatz einzuplanen. Der Skaterplatz ist unter Berücksichtigung von Lärmschutzaspekten zu verlegen.

Falls die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen nicht im Rahmen des Bebauungsplanes ausreichend geregelt werden können, ist ein Teilgrünordnungsplan zu erstellen.

Der Landschaftsplan und der Flächennutzungsplan sind entsprechend anzupassen.

wird mit

6 Stimmen dafür (CDU-Fraktion)



bei **4 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion, WHU-Fraktion)**

angenommen.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

„Bebauungsplan Nr. 51 „Nördlich Schule am Beckersberg“

- Antrag der CDU-Fraktion -

Den Ausschussmitgliedern ist ein Antrag der CDU-Fraktion zugegangen, den Herr Schulz erläutert. Er macht darauf aufmerksam, dass das zum Zeitpunkt der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 51 „Nördlich Schule am Beckersberg“ geplante Vorhaben zurzeit nicht verwirklicht werden kann.

Auf Nachfrage von Frau Honerlah erklärt Herr Schulz, dass die Erschließung - wie im Bebauungsplan vorgesehen - verwirklicht werden soll.

Herr Ostwald erklärt, dass sich die SPD-Fraktion der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 51 „Nördlich Schule am Beckersberg“ nicht verschließen wird. Fraglich ist für ihn nur die Dichte der Bebauung. Herr Kasch erkundigt sich, wie viele Wohneinheiten geplant sind. Hierüber kann noch keine konkrete Auskunft gegeben werden.

Herr Ostwald bemängelt, dass die Gemeindeverwaltung den Umwelt- und Planungsausschuss nicht über die gescheiterten Verhandlungen mit dem damaligen Investor informiert hat.

Der Antrag **• B-Plan Nr. 51 „Nördlich Schule am Beckersberg“**

Der Bebauungsplan Nr. 51 „Nördlich Schule am Beckersberg“ wird mit folgendem Planungsziel geändert:

Die festgelegten Baufenster werden geändert, sodass eine Reihenhausbauung ermöglicht wird. Die Erschließung und die übrigen Festsetzungen bleiben erhalten.

wird **einstimmig**

angenommen.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

„• 1. Änderung des Grünordnungsplanes zum Bebauungsplan Nr. 113

„Gräflingsberg / Heidelweg“

• 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“

• Anpassung des Landschafts- und des Flächennutzungsplanes“

- Antrag der CDU-Fraktion -

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist den Ausschussmitgliedern ein Antrag der CDU-Fraktion zugegangen, der vom Ausschussvorsitzenden, Herrn Schulz, vorgetragen wird.



Herr Ostwald spricht sich auch im Namen der SPD-Fraktion gegen den gestellten Antrag aus.

Er fragt nach, wer Eigentümer der Grundstücksfläche ist, die als Wohnbaufläche ausgewiesen werden soll. Der Bürgermeister wird die Frage im nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung beantworten.

Auf Nachfrage von Frau Honerlah erklärt Herr Schulz, dass der verbleibende Wald umzufen ist, weil dieser nicht sehr gepflegt ist. Frau Honerlah spricht sich im Namen der WHU-Fraktion gegen den CDU-Antrag aus. Sie macht darauf aufmerksam, dass durch diesen Antrag die Flächen in Henstedt-Ulzburg noch waldärmer gestaltet werden.

Der Antrag

Der Umwelt- und Planungsausschuss möge beschließen:

- **1. Änderung des Grünordnungsplanes zum Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“**
- **1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 113 „Gräflingsberg / Heidelweg“**
- **Anpassung des Landschafts- und des Flächennutzungsplanes**

Der Grünordnungsplan und der Bebauungsplan Nr. 113 „Gräflingsberg/Heidelweg“ werden mit folgenden Planungszielen geändert:

Die geplante Erschließungsstraße südlich der ausgewiesenen Krankenhausfläche wird um ca. 55 m verlängert. Nördlich dieser Straße werden weitere Bauflächen für Einfamilienhäuser ausgewiesen.

Entlang der Wilstedter Straße wird (südlich der geplanten Erschließungsstraße) eine Baufläche mit einer Tiefe von 60 m ausgewiesen. Der hierdurch entfallende Wald ist nach den gesetzlichen Bestimmungen auszugleichen. Gleichzeitig ist zusätzlich der verbleibende Wald umzufen.

Der Landschaftsplan und der Flächennutzungsplan sind entsprechend anzupassen.

wird mit

6 Stimmen dafür (CDU-Fraktion)

bei

4 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion, WHU-Fraktion)

angenommen.



Zu Punkt 16 der Tagesordnung:

„• **1. Änderung und Ergänzung des Grünordnungsplanes zum Bebauungsplan Nr. 115 „Südlich Schulstraße - westlich Wismarer Straße“**

• **1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 115 „Südlich Schulstraße - westlich Wismarer Straße“**

• **Anpassung des Landschafts- und Flächennutzungsplanes“**

- Antrag der CDU-Fraktion -

Den Ausschussmitgliedern ist ein Antrag der CDU-Fraktion zugegangen, der ergänzend von Herrn Schulz erläutert wird.

Herr Ostwald macht darauf aufmerksam, dass die SPD-Fraktion sich schon im Bauleitverfahren des Bebauungsplanes gegen eine erweiterte Bebauung ausgesprochen hatte. Sie lehnt dementsprechend den Antrag der CDU-Fraktion ab. Herr Ostwald erkundigt sich nach dem Eigentümer der Flächen. Die Frage wird im nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung beantwortet.

Herr Schulz erklärt, dass sich die CDU-Fraktion schon zu Beginn des Bauleitplanverfahrens für eine beidseitige Erschließung, also für eine erweiterte Bebauung, ausgesprochen hatte.

Frau Honerlah spricht sich dafür aus, dass über den Antrag erst entschieden wird, wenn der Bericht über die freien Bebauungslücken in Henstedt-Ulzburg vorliegt. Zudem fragt sie nach, wer die Kosten des Bauleitplanverfahrens tragen soll.

Herr Kasch spricht sich gegen den CDU-Antrag aus.

Der Antrag

Der Umwelt- und Planungsausschuss möge beschließen:

- **1. Änderung und Ergänzung des Grünordnungsplanes zum Bebauungsplan Nr. 115 „Südlich Schulstraße - westlich Wismarer Straße“**
- **1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes Nr. 115 „Südlich Schulstraße - westlich Wismarer Straße“**
- **Anpassung des Landschafts- und Flächennutzungsplanes**

Der Grünordnungsplan und der Bebauungsplan Nr. 115 „Südlich Schulstraße - westlich Wismarer Straße“ werden mit folgenden Planungszielen geändert und ergänzt:

Südlich der geplanten Straße werden zwei weitere Bautiefen für Einzelhäuser ausgewiesen. Die südliche Reihe



wird durch Pfeifenstiele erschlossen. Die Grundstücksgrößen sollen durchschnittlich 650 m² betragen.

Die im Ursprungsplan vorgesehene Ausgleichsfläche südlich der Straße wird entsprechend weiter nach Süden verschoben und vergrößert.

Dabei sind, soweit möglich, die von der Bebauung profitierenden Flurstücke einzubeziehen.

Der Landschaftsplan und der Flächennutzungsplan sind entsprechend anzupassen.

wird mit

6 Stimmen dafür (CDU-Fraktion)

bei

4 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion, WHU-Fraktion)

angenommen.

Zu Punkt 17 der Tagesordnung:

„Ausweisung von Bauland“

- Antrag der CDU-Fraktion -

Den Ausschussmitgliedern ist ein CDU-Antrag zugegangen.

Frau Honerlah schlägt vor, den Bericht über die unbebauten Wohnbauflächen abzuwarten. Entgegen der Auffassung der CDU-Fraktion stellt sie klar, dass die Waldfläche in keinem forstlich schlechtem Zustand ist.

Herr Ostwald macht darauf aufmerksam, dass Schleswig-Holstein, und damit verbunden natürlich auch Henstedt-Ulzburg, bereits eines der waldärmsten Gegenden ist. Er findet die Ausweisung von zusätzlichen Wohnbauflächen innerhalb festgelegter Waldflächen paradox. Frau Lessing spricht sich prinzipiell für eine Unterstützung der Jugend, aber gegen den Antrag der CDU-Fraktion aus. Die erzielten Verkaufserlöse sollen dem Gesamthaushalt zugeführt und nicht schon vorab zweckgebunden werden.

Es ergibt sich eine rege Diskussion.

Frau Honerlah macht auf die für das Bauleitplanverfahren anfallenden Kosten aufmerksam. Auf Nachfrage von Herrn Ostwald erklärt Herr Schulz, dass in der Bebauungstiefe von 50 m die 30 m Waldabstand bereits enthalten sind. Frau von Bressendorf weist auf den forstlich schlechten Zustand der Waldfläche hin. Frau Honerlah ist anderer Auffassung als Frau von Bressendorf und hält die Beschreibung der Waldfläche seitens der CDU-Fraktion für unzutreffend.

Der Antrag

Der Umwelt- und Planungsausschuss möge beschließen:

An der Straße Immbarg/Ecke Wilstedter Straße wird die der Gemeinde gehörige Waldfläche, die in einem forstlich



schlechten Zustand ist, in einer Tiefe von 50 m für Bebauung vorgesehen.

Die aus dem Verkauf dieses Baulandes erzielten Verkaufserlöse fließen der Jugendstiftung der Gemeinde (s. Antrag Kultur- und Jugendausschuss) zu.

Die Verwaltung wird gebeten, die Abforstungsgenehmigung beim zuständigen Forstamt einzuholen und entsprechende Ersatzaufforstungen zu planen.

Außerdem ist zu prüfen, ob die geplante Bebauung gemäß § 34 BauGB möglich oder ob ein Bebauungsplan erforderlich ist.

wird mit **6 Stimmen dafür (CDU-Fraktion)**

bei **4 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion, WHU-Fraktion)**

angenommen.

Zu Punkt 18 der Tagesordnung:

„Ausweisung von Flächen für Windenergieanlagen“

- Antrag der CDU-Fraktion -

Den Ausschussmitgliedern ist ein Antrag der CDU-Fraktion zugegangen, der ergänzend von dem Ausschussvorsitzenden, Herrn Schulz, erläutert wird.

Frau Honerlah kritisiert, dass seitens der Gemeindeverwaltung keine Vorlage für den Ausschuss erarbeitet worden ist. Ihrer Ansicht nach wäre dies aufgrund des vom OVG Münster getroffenen Urteils Aufgabe der Gemeindeverwaltung gewesen.

Herr Ostwald bemängelt ebenfalls die fehlende Initiative der Gemeindeverwaltung.

Der Antrag **Der Umwelt- und Planungsausschuss möge beschließen:**

Änderung des Flächennutzungsplanes

Im Flächennutzungsplan wird eine Fläche für die Errichtung von Windenergieanlagen ausgewiesen. Dafür ist das Gebiet um den Autohof am Autobahnzubringer vorzusehen.

wird **einstimmig**

angenommen.

Zu Punkt 19 der Tagesordnung:

„Durchführung von Ersatzaufforstungsmaßnahmen“



- Antrag der CDU-Fraktion -

Den Ausschussmitgliedern ist ein CDU-Antrag zugegangen. Nachdem Herr Schulz diesen erläutert hat, erteilt er Herrn Ostwald das Wort. Dieser bemängelt, dass nicht geklärt ist, welche Flächen für die Ersatzaufforstungsmaßnahmen vorgesehen sind. Außerdem weist er darauf hin, dass dieser Antrag die Folge aus den vorher gestellten CDU-Anträgen ist. Es ergibt sich eine rege Diskussion zwischen Herrn Ostwald und Herrn Schulz.

Auf Nachfrage von Herrn Bruhn erklärt der Bürgermeister, dass im Bereich Götzberg - an der Gemeindegebietsgrenze zu Kisdorf - ca. 6 ha Fläche für Ersatzaufforstungsmaßnahmen zur Verfügung stehen.

Frau Honerlah ist der gleichen Meinung wie Herr Ostwald.

Herr Schulz weist noch einmal auf die Wichtigkeit der Jugendarbeit hin.

Bürgervorsteher Süme vertieft noch einmal ausführlich den Grund des CDU-Antrages. Die CDU-Fraktion will durch ihre Anträge den Haushalt verbessern und sonst nicht finanzierbare Maßnahmen, insbesondere des Jugend- und Kinderbereiches, finanzieren.

Der Antrag

Der Umwelt- und Planungsausschuss möge beschließen:

Die Gemeinde führt im Frühjahr 2004 Ersatzaufforstungsmaßnahmen in der Größe von 7,5 ha durch.

Die Finanzierung erfolgt aus den vorgesehenen Zahlungen der Eigentümer des Salzweges (B-Plan 109 „Salzweg“) und der Ausgleichsverpflichtung der zu verkaufenden Grundstücke an der Wilstedter Straße (B-Plan 113 „Gräflingsberg/Heidelweg“) und am Immbarg.

wird mit

6 Stimmen dafür (CDU-Fraktion)

bei

4 Stimmen dagegen (SPD-Fraktion, WHU-Fraktion)

angenommen.

Zu Punkt 20 der Tagesordnung:

„Bau- und Vorbescheidsanträge, die von den Festsetzungen der Bebauungspläne abweichen (Befreiungen, Ausnahmen, usw.)“

- werden in der Sitzung vorgetragen -

Waldschneise 2 a + b - Errichtung eines Bürogebäudes

Der Bauherr beantragt, in den Büros des geplanten Gebäudes eine Rentenberatung durchzuführen. Auf Nachfrage von Herrn Schümann erklärt Bürgermeister Dornquast, dass die Zahl der Stellplätze sich nach dem Stellplatzerlass berechnet und dies seitens des Kreises Segeberg geprüft wird.



Frau von Bressensdorf hält die Errichtung des Bürogebäudes für zu massiv. Das Einvernehmen wird bei einer Stimmenthaltung (Frau von Bressensdorf) erteilt.

Zu Punkt 21 der Tagesordnung:
„Unterrichtungen / Anfragen“

a) Bebauungsplan Nr. 65 „Bahnhof“ der Stadt Kaltenkirchen

Der Bürgermeister berichtet, dass die Gemeinde an dem o.g. Bauleitplan beteiligt wurde.

Die Gemeinde hat darauf hingewiesen, dass sich die vorgelegte Begründung auf ein Einzelhandelsgutachten bezieht, das die zukünftige Dodenhof-Erweiterung nicht berücksichtigt.

Daher können auch nicht die Auswirkungen in Bezug auf die Einzelhandelsentwicklung der Gemeinde Henstedt-Ulzburg abgeschätzt werden.

Die Gemeinde bittet darum, dieses nachzuholen und anschließend eine erneute Beteiligung durchzuführen.

Die Stellungnahme der Gemeinde Henstedt-Ulzburg wurde von der Stadtvertretung Kaltenkirchen in der Sitzung am 15.04.2003 abgewogen. Der o.g. Bebauungsplan ist nunmehr seit dem 29.04.2003 rechtskräftig. In diesem Zusammenhang berichtet Bürgermeister Dornquast, dass bezüglich der Dodenhof-Erweiterung Stellungnahmen und Schreiben seitens der Nachbargemeinden und der Gemeinde Henstedt-Ulzburg an das Innenministerium gesandt worden sind.

Herr Kasch weist darauf hin, dass auch die Industrie- und Handelskammer eine negative Stellungnahme zur Dodenhof-Erweiterung abgegeben hat.

b) Bebauungsplan Nr. 25 „Wulf'sche Koppeln“ mit Grünordnungsplan der Gemeinde Kisdorf

Die Gemeinde wurde an dem o.g. Bauleitplan beteiligt. Die Belange der Gemeinde Henstedt-Ulzburg werden nicht berührt; es werden keine Anregungen vorgebracht.

c) 6. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Sandbergstraße sowie der Bebauungsplan Nr. 7 „Sandbergstraße“ der Gemeinde Wakendorf II

Auch an diesem Planverfahren wurde die Gemeinde Henstedt-Ulzburg beteiligt. Belange der Gemeinde Henstedt-Ulzburg werden nicht berührt; es werden keine Anregungen vorgebracht.

d) Bebauungsplan Nr. 66 „Moorkaten“ der Stadt Kaltenkirchen

Ebenfalls an diesem Planverfahren wurde die Gemeinde Henstedt-Ulzburg beteiligt. Eine Betroffenheit ist nicht gegeben, sodass mitgeteilt wurde, dass keine Anregung



gen vorgebracht werden.

e) Orientierende Luftschadstoffmessungen

Die Gemeinde Henstedt-Ulzburg hat sich an den orientierenden Luftschadstoffmessungen des Staatlichen Umweltamtes Itzehoe beteiligt. Der Gemeinde ist bescheinigt worden, dass nicht nur die derzeit gültigen, sondern selbst die ab 2010 geltenden niedrigen Konzentrationswerte gemäß Bundesemissionsschutzgesetz heute bereits unterschritten werden. Die Luft in Henstedt-Ulzburg ist sauber.

f) Pollergestellung in der Wilstedter Straße

Der Bürgermeister berichtet, dass in der Wilstedter Straße - auf der Höhe der Reihenhäuser Nr. 72 bis Nr. 114 - zwei Poller nicht mehr an ihrem Standort stehen. Der Baubetriebshof der Gemeinde wurde über das Fehlen der zwei Poller informiert, damit die Wiederaufstellung erfolgen kann.

g) Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 78 „Waldschneise-Ost“

Der Antragsteller beabsichtigt, im rückwärtig gelegenen Bereich auf einigen Flurstücken sowohl eine Doppelhaus- als auch Einzelhausbebauungen vorzunehmen. Hierzu ist eine Bebauungsplanänderung erforderlich. Der Bürgermeister sieht Probleme in der Erschließung.

Der Antrag wird einstimmig abgelehnt.

h) Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 107 „Westlich Große Lohe“

Der Antragsteller beabsichtigt, auf den Grundstücken der festgesetzten Einzelhäuser nunmehr Doppelhäuser zu errichten. Hierfür ist eine Bebauungsplanänderung erforderlich.

Der Antrag wird einstimmig abgelehnt.

i) Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 108 „Ulzburg-Süd - östlich Hamburger Straße“

Der Bauherr beantragt die Änderung des o.g. Bebauungsplanes in Bezug auf die Grundfläche und die festgesetzten Baugrenzen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

j) Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes Nr. 108 „Ulzburg-Süd - östlich Hamburger Straße“

Der Bauherr beantragt die Änderung im Bezug auf die festgesetzte Grundfläche.



Der Antrag wird einstimmig angenommen.

k) Kompostierungsanlage im Bereich Kiefernweg/Norderstedter Straße

Eine Besichtigung der Kompostierungsanlage am 14.04.2003 durch das Staatliche Umweltamt Itzehoe ergab keine Anhaltspunkte für eine gegenüber der Stellungnahme des GAA Lübeck vom 11.03.1996 geänderte Situation. Stärkere Geruchsemissionen waren nicht feststellbar.

l) Radweg in der Bürgermeister-Steenbock-Straße/Schäferberg

Herr Bruhn berichtet, dass der Radweg in der Bürgermeister-Steenbock-Straße / Schäferberg falsch beschildert ist. Ihm ist vielfach aufgefallen, dass Kinder den Radweg als Fußweg benutzen. Der Bürgermeister sichert eine Überprüfung zu.

m) Umbenennung und Verkehrssituation Heideweg

Herr Ostwald erkundigt sich nach dem Verfahrensstand der Umbenennung und der Verkehrssituation im Heideweg. Der Bürgermeister berichtet über den Verfahrensstand.

n) Straßenzustand Nordereck

Frau Honerlah berichtet, dass die Straße Nordereck abgesackt ist. Der Bürgermeister sichert eine Überprüfung zu.

o) Werbeschilder der Firma Big Deal

Frau Honerlah bezeichnet die Werbeanlagen der Firma Big Deal im Bereich der Straße Kirchweg und Am Bahnbogen als verkehrsirritierend. Der Bürgermeister sichert auch hier eine Überprüfung zu.

p) Beschilderung der Verkehrsinsel Hamburger Straße/Am Bahnbogen

Frau Honerlah bemängelt die Beschilderung auf der Verkehrsinsel an der Ecke Hamburger Straße / Am Bahnbogen. Der Bürgermeister erklärt, dass es in diesem Bereich keine andere Beschilderungsmöglichkeit gibt.

Zu Punkt 22 der Tagesordnung: „Fragezeit der Einwohnerinnen und Einwohner“

Die Fragen der Einwohner,



- a) ob bezüglich der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 28 „Hohenbergen“ noch abschließende Gespräche mit dem Kinderschutzbund stattfinden werden,
- b) ob die Ampelanlage an der Ecke Hamburger Straße / Dammstücken in nächster Zukunft realisiert wird,
- c) ob sich die Verlängerung des Fußweges an der Hamburger Straße im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 108 „Ulzburg-Süd - östlich Hamburger Straße“ in Planung befindet,
- d) ob eine Überprüfung der Risse in der Straße Am Heidberg bereits erfolgt ist oder in nächster Zeit erfolgen wird,

werden von Bürgermeister Dornquast beantwortet.

Der Ausschussvorsitzende schließt die Öffentlichkeit zu den Tagesordnungspunkten 23 und 24 aus.

Zu Punkt 23 der Tagesordnung:

„Sportplatz Bürgermeister-Steenbock-Straße - Sanierung des Kunstrasenspielfeldes

- Vergabe der Landschaftsbauarbeiten -“

(Tischvorlage wird nachgereicht)

Siehe Anlage zur Niederschrift.

Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

Zu Punkt 24 der Tagesordnung:

„Erweiterung Schulzentrum, Umbau zum vierzügigen Gymnasium“

- Vergabe Fassadensanierung (erster Teilabschnitt) -

Siehe Anlage zur Niederschrift.

Die Anlage ist vertraulich zu behandeln und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

gez. Rolf Schulz
(Ausschussvorsitzender)

gez. Christin Verges
(Protokollführer)

Gesehen:

gez. Volker Dornquast
(Bürgermeister)